ALTERNATIVE DIE GRÜNEN

Löwenzahn

Informationen der Grünen Wählerinitiative Ammerland, Gemeindeverband Edewecht

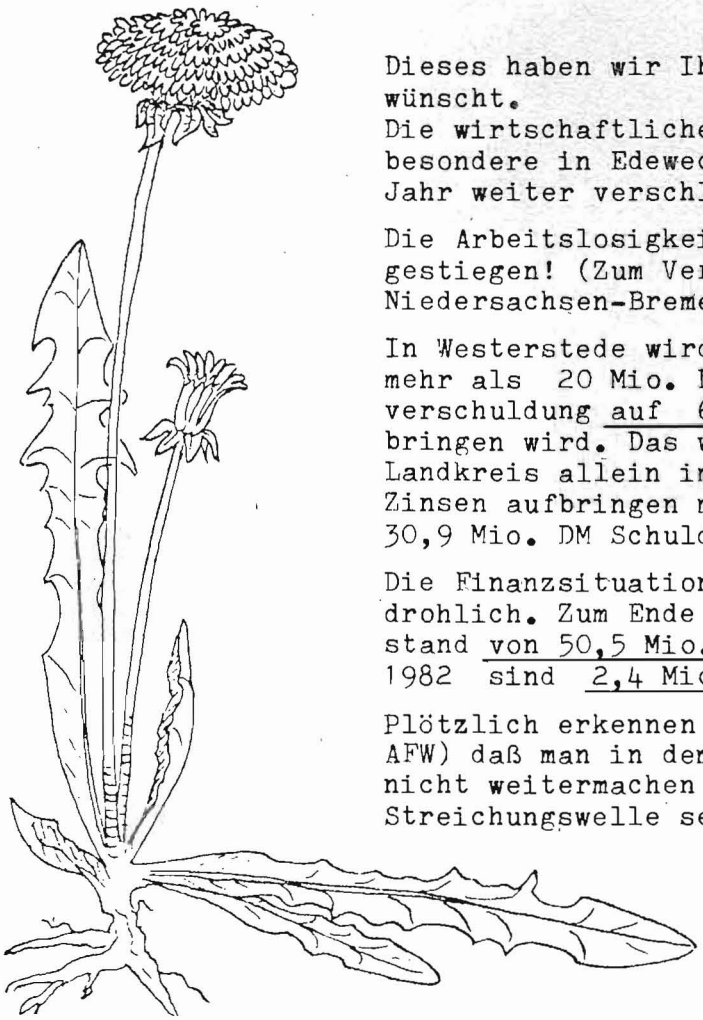
6 - 82

Dezember 1982

Frohe Weihnachten und ein gutes Neues Jahr

wünscht die Grüne Wählerinitiative Ammerland - Ortsverband Edewecht - allen Bürgern unserer Gemeinde.

Wir verbinden dies mit der Hoffnung auf Frieden - weltweit - und die Beseitigung der Not, der Armut und des Elends auf der ganzen Welt.



Dieses haben wir Ihnen auch Weihnachten 1981 gewünscht.
Die wirtschaftliche Situation bundesweit und insbesondere in Edewecht hat sich in diesem einen Jahr weiter verschlechtert.

Die Arbeitslosigkeit ist im Ammerland auf 13,7 % gestiegen! (Zum Vergleich: bundesweit 7,9 % Niedersachsen-Bremen 9,9 % .)

In Westerstede wird ein Kreishaus gebaut, das mehr als 20 Mio. DM kosten wird und die Kreisverschuldung auf 61,2 Mio. DM im Jahre 1986 bringen wird. Das wiederum bedeutet, daß der Landkreis allein im Jahr 1986 4,2 Mio. DM an Zinsen aufbringen muß! (Zum Vergleich: 1981 30,9 Mio. DM Schulden und 1,7 Mio. DM Zinsen.)

Die Finanzsituation der Gemeinde Edewecht ist bedrohlich. Zum Ende des Jahres wird ein Schuldenstand von 50,5 Mio. DM erreicht sein! Allein 1982 sind 2,4 Mio. DM Zinsen zu bezahlen!

Plötzlich erkennen die Verantwortlichen (CDU u. AFW) daß man in dem bisherigen finanziellen Stil nicht weitermachen kann. Die große Spar- und Streichungswelle setzt ein! Durch Gebührenerhöhungen (Kanalbeitrag, Kindergärten u.a.) werden sie versuchen, den Laden am Leben zu erhalten.

Löwenzahn meint:

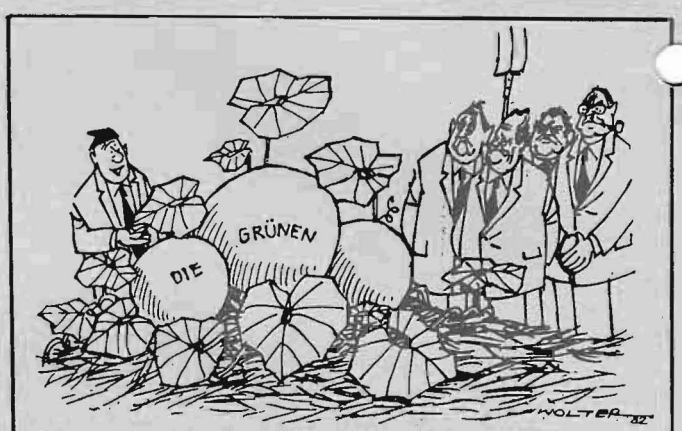
Ein böses Wort macht die Runde, eifrig geschürt von all denjenigen Politikern und Kommentatoren, deren Geschäft die Panikmache ist. Es ist das Wort von der "Unregierbarkeit", in welche die GRÜNEN unser Land angeblich stürzen wollen.

Nur - kein GRÜNER hat sowas jemals angedroht. Vielmehr stammt dieses Wort von einem SPD-Mitglied, dem Vorstandssprecher der Vereinigung der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Josef Leinen. Was immer der sich dabei gedacht haben mag - so mancher rechte Politiker, Fernseh- oder Zeitungskommentator müßte ihm zu tiefem Dank verpflichtet sein.

Hat er ihnen doch ein ideales Schlagwort geliefert, eines jener Schlagworte, die sich so leicht aussprechen wie auch konsumieren lassen. Ein Schlagwort, das so herrlich ablenkt von dem, was die GRÜNEN wirklich wollen, und vor allem von der eigenen Unfähigkeit zu politischem Denken und Tun.

Unregierbar ist dieser Staat ja schon längst, auch und gerade ohne die GRÜNEN.

- Hilflos steht die Bundesregierung trotz aller großen Sprüche und heuchlerischen Schuldzuweisungen vor den wirtschaftlichen Problemen. Die Rezepte von gestern wirken nicht mehr.
- Verbissen wird selbst an den unsinnigsten Großprojekten festgehalten. Nur drei Beispiele:
  - "Schneller Brüter" Kalkar. Bisherige Kostensteigerung von ca. 500 Millionen auf zur Zeit etwa 7 Milliarden DM, ohne daß ein Ende abzusehen ist.
  - Frankfurt, Startbahn West. Der Verkehr auf dem Frankfurter Flughafen ist seit Jahren rückläufig. Die neue Startbahn wird aus technischen und klimatischen Gründen kaum zur Kapazitätserweiterung beitragen (unter 10%). Selbst die Piloten-Vereinigung "Cockpit" hat Zweifel am Sinn des Projekts.
  - Rhein-Main-Donau-Kanal. Die deutschen Binnenschiffer wollen ihn nicht, weil sie die osteuropäische Konkurrenz von der Donau fürchten. Die Bundesbahn lehnt ihn ab, weil er ihr Defizit um Hunderte von Millionen Mark vergrößern wird.
- Der Dialog zwischen Bürger und Politiker findet nicht mehr statt. Auch im Wahlkampf werden nur noch Schlagworte ausgetauscht. Dabei geht es nicht um Verständigung, sondern um Stimmen, um Macht und Geld.
- Die Antwort auf verstärkten Bürgerunmut und Protest ist nicht etwa Diskussionsbereitschaft, sondern verschärftes Demonstrationsrecht und Polizei-Aufrüstung.
- Merkwürdiges geschieht in Bonn. Gleich dutzendweise geraten prominente Politiker aller Bundestagsparteien in Bestechungsverdacht (Flick-Affäre). Aber die allgemeine Empörung richtet sich nicht gegen solche Machenschaften, sondern gegen die Presse, die sie (noch) ans Tageslicht bringt.



„Donnerwetter, meine Herren! Alles auf Ihrem Mist gewachsen?"

- Die "staatstragenden" Parteien leiden an weltanschaulicher Verengung. Wo eigentlich ist wirklich noch ein Unterschied zwischen SPD, CDU/CSU und FDP festzustellen? Seit Jahren wählen die meisten Bürger nur noch "den Kanzler" oder das "kleinere Übel".
- Die Zukunft ist düster. Hemmungslose Aufrüstung, totale Umweltzerstörung, ständig steigende Arbeitslosigkeit nehmen vor allem der jungen Generation jegliche Hoffnung auf eine glückliche Zukunft. Trotz aller Sonntagsreden: die Bonner Parteien wissen dem "No-Future"-Gefühl nichts Positives entgegenzusetzen.

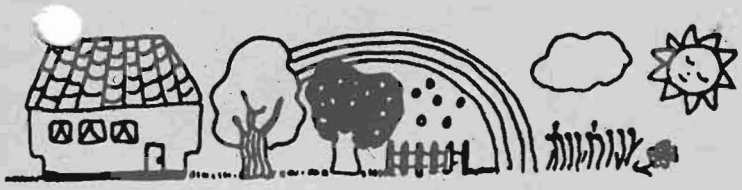
In dieser fast ausweglos erscheinenden Situation kommt den GRÜNEN eine besondere Rolle zu. Selbst aus der Protestbewegung hervorgegangen, sind sie für eine immer größere Zahl vor allem jüngerer Menschen oftmals die einzige noch wählbare Partei. Wie bei keiner anderen Partei bedeutet dies aber Verantwortung gegenüber dem Wähler, die Verpflichtung, den Wählerwillen ernstzunehmen.

Forts. nächste Seite

Fortsetzung

Die GRÜNEN werden sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. Für sie bedeutet das aber nicht, um Posten und Positionen zu feilschen. Verantwortung für dieses Land und seine Menschen heißt für die GRÜNEN, daß sie nur einen Kanzler unterstützen werden, der auf die Fortsetzung des lebensbedrohenden Atom- und Rüstungsprogramms verzichtet, der den Schutz der Umwelt höher bewertet als die Durchsetzung überflüssiger und wahnwitzig teurer Prestigeobjekte, und der die wirtschaftlichen Probleme nicht mit brutalem Lohndiktat und Sozialabbau zu bewältigen trachtet.

Die Bundesrepublik wird dadurch nicht unregierbar. Aber die anderen Parteien werden Farbe bekennen müssen...



Unregierbarkeit

Noch ist die Theorie nicht widerlegt, daß da oben kleine grüne Männchen — die richtigen, nicht Petra Kellys Grüne — in Ufos herumflitzen, die uns beäugen, uns behorchen und wahrscheinlich aus dem Staunen nicht herauskommen. Was fangen ihre Richtantennen seit einiger Zeit ein? Wichtige Teile eines Staates und eines Volkes in der Mitte Europas werden als „unregierbar" erklärt, lautet die Botschaft von der Erde. Mit leichten Anzeichen von Panik in der Stimme tönt's aus den Lautsprechern, es könnte sein, daß bald, nach einem ominösen 6. März, der ganze Staat, das ganze Volk unregierbar wären.

Da gucken die kleinen grünen Männchen aber, und grübeln, was wohl entsetzliches passiert ist; Hundersnot, Veitstanz oder eine Feuersbrunst? Nichts dergleichen. Die Politiker dieses Staates haben lediglich eine neue schöne Vokabel entdeckt und verbrauchen sie hemmungslos.

Wer sagt es den kleinen grünen Männchen, daß das Volk in Hessen, in Hamburg, auch das in der ganzen Bundesrepublik nicht unregierbar ist? Daß in Wirklichkeit nur die Politiker regierungsunfähig sind, weil einige regieren wollen, aber nicht können, und die anderen zwar könnten, aber so nicht wollen?

Zugegeben, das Wort „Unregierbarkeit" klingt schöner und dramatischer als das Wort „Regierungsunfähigkeit" — wer will sich schon gern Unfähigkeit bescheinigen. Und mehr Nutzen verspricht es auch. Vielleicht lassen sich ja nicht nur die kleinen grünen Männchen, sondern auch die Wähler erschrecken.

Frankfurter Rundschau v. 2.11.

DDR - Arbeiter in diesem unserem Land

Es ist schon verwunderlich, was man da hören und lesen konnte: Beim Bau der Mehrzweckhalle in Friedrichsfehn werden DDR - Arbeiter eingesetzt.
Im Ammerland ist zur Zeit jeder sechste arbeitslos.
Warum setzt die ammerländer Firma keine ammerländer Bauarbeiter ein? Gibt es bei uns keine geeigneten Fachkräfte?
Wie paßt diese Geschichte eigentlich in das Weltbild der hiesigen CDU ?
Einerseits wird vor den Kommunisten gewarnt. Die Friedensbewegung wird als Moskau-gesteuert dargestellt; die Grünen werden als Kommunisten bezeichnet - und dann DDR - Arbeiter, die eine DDR - Hallendachkonstruktion in Friedrichsfehn bauen !!!
Die Edewechter CDU hat den Löwenzahn als Zentralorgan bezeichnet. Wir sind gespannt, wie die nächste Ausgabe des 'CDU - Selbstbeweihräucherungsblatts' diese Widersprüche beim Hallenbau in Friedrichsfehn auflöst.

Wir meinen:

Die Verbindung der westlichen mit der östlichen Welt durch menschliche Kontakte, durch wirtschaftliche Beziehungen ist der richtige Weg zu einem echten Frieden. Wenn Menschen aus Ost und West miteinander leben und arbeiten, voneinander abhängig sind, dann haben diese Menschen eher Frieden miteinander.
Dann passen allerdings Raketen, Panzer und Atomwaffen und die entsprechende NATO - Propaganda nicht dazu.

Die Edewechter CDU hat scheinbar einerseits Vertrauen in die Arbeiter und Produkte der DDR, andererseits fehlt das Vertrauen in die Friedensbereitschaft des Ostens.
Oder geht es der CDU hier nicht doch nur um nackte Profite? Billiger muß es sein. Da nimmt man es schon mal in Kauf, daß es aus dem kommunistischen Machtbereich kommt.

Übrigens:

Den Mitgliedern der Edewechter Grünen ist nach der letzten Demo lediglich 50.-DM pro Person anstelle der versprochenen 100.-DM ausgezahlt worden.
Man sieht: auch Moskau muß sparen !

„Die heute schon millimetergenau von Moskau und Ost-Berlin ferngesteuerten Friedens- und Alternativbewegungen werden keine Sekunde zögern, in einem Bündnis mit der SPD Takt und Marschrichtung zu bestimmen. . ."

Max Streibl, CSU, Finanzminister Bayerns und Präsidiumsmitglied der CSU, im CSU-Blatt „Bayernkurier" (4. 12. 82, Seite 1) unter dem Titel „ Die rotgrüne Allianz".

Aus für Kindergarten in Scheps !?

Wird es in der nächsten Ratssitzung das endgültige Aus für einen Kindergarten in Osterscheps geben ?

In der letzten Kindergartenausschußsitzung am 6. 12. 82 kam der Nikolaus leider nicht ins Rathaus.
Die Verwaltung stellte zwar fest, daß die Einrichtung eines Kindergartens in Osterscheps nach wie vor wünschenswert wäre, aufgrund der schwierigen Finanzlage der Gemeinde sollte der Kindergarten jedoch nicht eingerichtet werden.

Die Elternvertretung des Edewechter Kindergartens hat mehrfach die Einrichtung eines Kindergartens in Osterscheps gefordert.
Die Gründe dafür waren u.a. :

- Wegfall der langen Anfahrtszeiten für die Kinder (die z.Zt. bis zu einer Stunde betragen!).
- Der Edewechter Kindergarten würde entlastet.
- Die Beförderungskosten würden geringer. Die Gemeinde würde langfristig Geld einsparen.
- Die Gruppenstärken (z.Zt. 25 Kinder pro Gruppe) könnten gesenkt werden. (In den Grundschulklassen sind fast überall 2o und weniger Kinder!)

Im Investitionsprogramm der Gemeinde Edewecht waren für die Jahre 1983 und 1984 jeweils 18o.ooo.- DM und für das Jahr 1985 13o.ooo.- DM an Baukosten für Kindergärten eingeplant.
Der Kindergartenausschuß hat im März 1981 die Verwaltung beauftragt, hinsichtlich der Einrichtung eines Kindergartens in Osterscheps Zielplanungen zu erstellen und Kostenberechnungen vorzunehmen.
Im Nachtragshaushalt 1982 streicht der Rat (gegen die Stimmen der Grünen und der SPD) die Ansätze (s.o.) für Kindergärten aus dem Investitionsprogramm!

Eine wünschenswerte, eine notwendige Einrichtung kann nicht geschaffen werden, weil die Gemeinde kein Geld hat.

Warum hat die Gemeinde kein Geld?

Obwohl GD Kutscher bereits 198o feststellte, daß in erster Linie der Verkauf von Grundstücken getätigt werden muß und daß von dem Erwerb weiterer Baurohlandflächen sowie von der Ausweisung weiterer Bebauungsplangebiete vorerst abgesehen werden sollte, hat die Gemeinde weitere große Flächen gekauft und steht jetzt vor dem Dilemma zur Zeit ca. 2oo Grundstücke nicht verkaufen zu können.
Für dieses Baurohland hat die Gemeinde aber eine stattliche Summe bezahlt. Dazu kommen schon jetzt erhebliche Erschliessungskosten.
Diese Gelder fehlen jetzt !!!
Weitere erhebliche Außenstände kommen dadurch zustande, daß die Gemeinde mit verschiedenen Firmen Verträge abgeschlossen hat anstatt wie beim 'Normalbürger' nach Kanalsatzung abzurechnen.
Einige Betriebe haben diese Verträge bisher nicht erfüllt, so daß die Gemeinde wahrscheinlich auf dem Klageweg ihre Forderungen eintreiben muß. Die Betriebe verdienen derweil an diesen Geldern, die sie nicht bezahlen. Sie können dies Geld investieren und erhebliche Zinsen einsparen - Zinsen die die Gemeinde bezahlt!
Wiederum Gelder, die fehlen !!!

Die Einrichtung des Kindergartens in Osterscheps sollte 2oo.ooo.- DM kosten.
Ein lächerlicher Betrag gegenüber 2,4 Mio. DM Zinskosten, die die Gemeinde im Jahr 1982 zu tragen hat.
Der wirtschaftliche Sachverstand der Verantwortlichen in Edewecht hat die Gemeinde in eine erhebliche Finanzklemme gebracht.
Leidtragende sind u. a. die Kinder aus Osterscheps, Westerscheps, Wittenriede und Wittenberge !

Hört euch die Argumente der Verantwortlichen an! →

Man nennt uns Aufwiegler – wir aber wollen nicht in einer atomaren Katastrophe untergehen, wir wollen nicht, daß unsere Nachkommen uns verfluchen, weil wir dem atomaren Wahnsinn nicht Widerstand geleistet haben!

Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Bechert
(Atomphysiker)

Nur Leute, die nie dabei waren, wenn eine Mißgeburt ins Dasein trat, nie ihr Wimmern hörten, nie Zeugen des Entsetzens der armen Mutter waren, Leute, die kein Herz haben, vermögen den Wahnsinn der Atomspaltung zu befürworten.

Albert Schweitzer

Das Todesurteil

Was am 12. 12. 79 geschah

Am 12. 12. 1979 wurde vom NATO-Rat unter Zustimmung der Bonner Regierung Schmidt/Genscher beschlossen, in der Bundesrepublik Deutschland als einzigem westeuropäischen Staate 108 Pershing-2-Atomraketen aufzustellen, die ohne Vorwarnzeit die westliche Sowjetunion atomar auslöschen können.

Damit wurde Westdeutschland zur atomaren Abschußrampe der USA in einem möglichen Kriege mit der Sowjetunion gemacht. „Nachrüstung" nennen sie das.

Weil in jedem größeren Weltkonflikt, wo auch immer, die Sowjetunion befürchten muß, von deutschem Boden aus atomar ausgelöscht zu werden, sobald die USA einen solchen Konflikt für den Anlaß eines großen Krieges halten, eben deshalb muß die Sowjetunion die amerikanischen Atomstellungen in der Bundesrepublik in einem Präventivschlag auszuschalten versuchen.

Durch den NATO-Nachrüstungsbeschluß vom 12. 12. 1979 ist die Bundesrepublik zur atomaren Zielscheibe Nummer Eins in jedem künftigen Weltkonflikt gemacht worden.

Natürlich waren schon vorher sowjetische Atomraketen auf uns gerichtet. Erst durch den NATO-Nachrüstungsbeschluß aber sind wir zur Basis eines möglichen amerikanischen „Ersten Schlages" und damit zum Ziel des unvermeidlichen sowjetischen Präventivschlages gemacht worden.

Das ist der nüchterne strategische Sachverhalt.

Alles andere sind Phrasen für unbelehrbare Militaristen, die nicht begriffen haben, daß ein Atomkrieg die ganze Menschheit gefährdet, die Völker Europas jedoch unwiderruflich auslöscht.

Die Wirklichkeit ist:

Am 12. 12. 1979 wurde das Todesurteil über das deutsche Volk gesprochen und die Vernichtung Europas beschlossen.

Im Atomkrieg gibt es keine Verteidigung, sondern nur den gemeinsamen Untergang. Deshalb verbitten wir uns die Verteidigungsphrasen der Bonner Kriegspropagandisten. Wir sind weder Idioten noch Sklaven einer fremden Strategie. Am 12. 12. 1979 wurde der atomare Tod über die Deutschen und über die Europäer verhängt.

Der Kampf dagegen ist ein Kampf um Sein oder Nichtsein, um Leben oder Sterben.

Darum wehren wir uns gegen unsere Atom-Henker.

Wo der atomare Selbstmord für uns alle in „Verteidigung" umgelogen wird, wo ein Angriffskrieg von deutschem Boden aus grundgesetzwidrig vorbereitet wird, wo dem Ersten und Zweiten der Dritte Weltkrieg als schicksalhafter Untergang folgen soll:

Dort wird Widerstand zur Pflicht

H.

aus: Die Grünen, 11.12.82

Wußten Sie,

daß auf der Erde pro Minute 14 ha Wald verbrannt, gerodet oder vernichtet werden ?
Das sind in einer Stunde 840 ha, an einem Tag 2o.16o ha, in einer Woche 141.12o ha, in einem Monat ...

Der Naturgarten

Ca. 60 Edewechter fanden im Oktober den Weg ins Edewechter Rathaus, um an einem Diavortrag des Vorsitzenden der Biologischen Schutzgemeinschaft Hunte Weser-Ems teilzunehmen.
Dr. R. Akkermann zeigte eine Vielzahl von Dias, die die Gestaltung naturnaher Gärten zum Inhalt hatten und damit bei Vielen das Interesse an Naturgärten weiter verstärkt hat.
Im Frühjahr 83 werden wir die Thematik mit einem Film über Bio-Gärten fortsetzen. Desweiteren planen wir eine Veranstaltung zum Thema "Hügelbeet".

Sand statt Salz

Sand anstatt Streusalz ist auch in diesem Winter wieder die Devise der Edewechter Grünen.
In großen Kreisen der Bevölkerung wird immer noch die Meinung vertreten, daß es ohne Streusalz nicht geht.
Tatsache ist aber, daß zahlreich durchgeführte Untersuchungen der letzten Jahre zeigen, daß ein Verzicht auf Streusalz durchaus möglich, im Bezug auf die entstehenden Kosten der Allgemeinheit sogar dringend erforderlich ist.

Hierzu einige Zahlenbeispiele:

- In der BRD gehen jährlich ca. 7o.ooo Straßenbäume ein.
  Hamburg weist allein 25% aller 1oo.ooo Straßenbäume als schwer geschädigt aus. Für die Sanierung und den Ersatz salzkranker Bäume muß allein das Land Hamburg nach jüngsten Berechnungen 60,5 Mio. DM aufwenden.
- Das Umweltbundesamt beziffert die Schäden, die durch Streusalz an Kraftfahrzeugen enstehen auf etwa 2,5 Milliarden DM. (Diese Schäden müssen alle Autofahrer bezahlen!)
- Deutschlands Straßen werden jährlich mit 2 Mio. Tonnen Streusalz förmlich "gepöckelt".
  Pro Bundesbürger wurde im Winter 8o/81 ein ganzer Zentner Streu - salz ausgebracht.
- Im Winter 8o/81 wurden im Ammerland noch 4o.ooo DM (43o Tonnen) für Streusalz ausgegeben, im Winter 81/82 hingegen nur noch 7.ooo DM (7o Tonnen).

Es ist also auch aus der Sicht der entstehenden Kosten durchaus begrüßenswert, den Verbrauch von Streusalz soweit wie möglich zu senken und ein Salz-Sand-Gemisch (1:9) zu verwenden. Dies wurde schon im letzten Winter in einigen der 6 Ammerländer Gemeinden praktiziert.

Auch die Unfallzahlen zeigen ganz deutlich, daß es ohne bzw. mit weniger Streusalz weniger Unfälle gibt.
Im Winter 8o/81 wurde in West-Berlin in einem Teil des Bezirks Kreuzberg untersucht, wie weit auf einen Einsatz von Streusalz verzichtet werden kann.
Der Bezirk Kreuzberg wurde versuchsweise überhaupt nicht mit Salz gestreut. Während im benachbarten "gesalzenen" Stadtteil Schöneberg die Unfallzahlen gegenüber dem Vorwinter um 1,5% stiegen, sanken sie im Kreuzberger Testgebiet um 7,9% .

Es ist festzustellen, daß es reicht wenn nur noch die wichtigsten Straßen abgestreut (mit einem Salz-Sand-Gemisch 1:9) werden und die Nebenstraßen lediglich bei Eisregen gestreut werden.
Auf längere Sicht sollte auf Streusalz gänzlich verzichtet und unschädliches Streugut wie Sand, Asche, Splitt und Granulat benutzt werden.

Die Bürger sollten schon jetzt auf Streusalz verzichten und zur billigsten und umweltfreundlichsten Lösung greifen also Sand verwenden.

Bio-Obst

Es ist den Rasteder GRÜNEN gelungen, Kontakt mit zwei Obstbauern aufzunehmen, die ihre Höfe seit mehreren Jahren nach den Richtlinien des organisch-biologischen Landbaues bewirtschaften.
Die Bauern suchen nach neuen Absatzwegen und möchten gerne direkten Kontakt zum Verbraucher herstellen.
Die erste Auslieferung von Obst und Saft soll noch vor Weihnachten erfolgen.

Angeboten werden zur Zeit folgende Sorten

-Holsteiner Cox, - Cox Orange, - Ingrid Marie, Birnen und Apfelsaft aus eigenen Äpfeln.
Der Preis für alle Sorten beträgt für eine 10-kg-Kiste 12 DM + 2 DM Kistenpfand.
Der Apfelsaft ist naturbelassen und kostet pro Kiste (12 x 0,7 l) 18 DM + 6,60 DM Pfand.

Interessenten können ihre Bestellungen bei Hannelore Pannbacker im "Feigenhof-Naturkostladen" (Kleibroker Straße 46) Tel. 04402/4392 aufgeben.
Der Auslieferungstermin wird rechtzeitig mitgeteilt und außerdem auch noch in der Nordwest-Zeitung bekanntgegeben.
Bei genügendem Interesse beabsichtigen die beiden Obstbauern, diese Aktion häufiger zu wiederholen und auch andere Bauern mit ihren Produkten (Kartoffeln etc.) einzubeziehen.

Der notwendige Schandpfahl

aus: Die Grünen v. 11.12.82

„Das schlechte Gewissen (der Flick-Schmiergeldempfänger) schaut aus allen Knopflöchern"

Parteien können niemals als „kriminelle Vereinigungen" vor Gericht gestellt werden: Das verhindert das berühmte „Parteien-Privileg" des Grundgesetzes und das Strafrecht. Deshalb können sie sich gesetzwidrig steuerfreie Schmiergelder von Konzernchefs in die Tasche schieben lassen: Nichts wird passieren.

Im Falle des Flick-Skandals geschieht sogar in entgegengesetzter Richtung etwas ganz Ungeheuerliches: Der Staat geht gerichtlich gegen die Spiegelredakteure vor, die den Skandal ans Licht brachten. Nicht die Kriminellen werden verfolgt, sondern man unternimmt ein erstaunliches Ablenkungsmanöver: Die Veröffentlichung der Straftaten wird kriminalisiert . . . Man findet einen Paragraphen, nach dem die Enthüllung von Verbrechen unter bestimmten Bedingungen strafbar ist. Der Paragraph ist zwar bisher kaum angewandt worden. Aber wenn es um den Schutz von Konzernchefs und von politischen Schmiergeldempfängern höchsten Ranges geht, dann schlägt unsere Justiz rasch zu.

Dabei meint selbst die sehr wirtschaftsfromme Hamburger „Zeit", für eine Korruption im Stile des Flick-Skandals helfe nur der öffentliche Schandpfahl. Immerhin hat der Milliardär Flick samt seinen Managern dem (ach so armen!) Staat Millionen an Steuergeldern entzogen, um mit solchen ergaunerten Millionen führende Politiker zu beschenken. Diese haben im Gegenzug dem Flickkonzern mindestens 450 Millionen DM an Steuern erlassen . . . Dafür muß dann der Rentner und der Bafög-Schüler büßen.

Wahlen in Hamburg

Keine Totalopposition

Hamburgs Bürger haben vorerst einmal wieder etwas mehr politische Klarheit. Kurz vor Weihnachten sollen sie die Bürgerschaft, in der es gegenwärtig keine Mehrheit auf Dauer gibt, neu wählen. Die Zeit von Tricks und Taktik, wie sie in den vergangenen Wochen und Monaten besonders von CDU und SPD in Fülle versucht worden waren, ist zunächst vorbei. Seit Sonntag wird schwarzweißgemalt, der Wahlkampf hat bereits begonnen.

Das Mehr an Klarheit haben die Hamburger in erster Linie der Grün/Alternativen Liste (GAL) zu verdanken, die von der CDU und dem rechten Flügel der SPD so gern verdächtigt wird, lediglich eine Kraft des Chaos zu sein. Das Chaos wäre weitgehend garantiert gewesen, wenn die GAL die beiden anderen Parteien an diesem Wochenende hätte sitzen lassen und, wie zunächst in kleinerem Kreis beschlossen, an der Abstimmung gar nicht teilgenommen hätte; denn die beiden Großen waren offenbar bereit, ihre Karten bis zuletzt auszureizen. Ein halbes Jahr nach den Bürgerschaftswahlen vom 6. Juni aber kann nicht mehr mit Luftballons Politik gemacht werden, in schwierigen Zeiten muß jetzt der Haushalt für das kommende Jahr auf den Tisch.

Die Entscheidung der Bürger könnte sich allerdings auch nur als Unterbrechung eines alten Spiels erweisen. Jüngste Umfragen signalisieren zwar Zugewinne für die SPD, Verluste für die CDU und Stabilität bei der GAL, doch das würde allenfalls den Regierungsanspruch der CDU, die jetzt stärkste Partei ist, auf die SPD verlagern. Es müßte neu verhandelt werden, weil keine Partei allein regieren könnte. Da die SPD eine große Koalition abgelehnt hat, auf die auch die von der CDU vorgeschlagene Tolerierung der jeweils stärksten Partei durch die zweitstärkste hinausläuft, müßten wohl Sozialdemokraten und GAL wieder an den Verhandlungstisch.

Die Entscheidung der GAL ist gewiß auch eine Vorgabe für solche neuen Verhandlungen. Sie hat dem SPD-Minderheitssenat jetzt bereits zum dritten Mal aus der Patsche geholfen. Von Fundamental-Opposition, wie sie die Grünen anderen Orts wollen, kann hier zumindest keine Rede sein. pl (Hamburg)

Impressum

Der Löwenzahn wird vom Gemeindeverband Edewecht der Grünen Wählerinitiative Ammerland herausgegeben.

Redaktion: Ute Gleiß, Margret Kaussow
Jochen Gerdes, Egbert Kosmis

Eine Ausgabe des Löwenzahns - Auflage 3.000 - kostet 600.- DM.
Die Redaktion hat die Auflage aufgrund der guten Resonanz von 2.000 auf 3.000 Stück erhöht. Aus diesem Grunde würde sich die Redaktion über kleine Spenden sehr freuen.

Bankverbindung: Volksbank Edewecht

BLZ: 280 618 22
Konto-Nr. 6492
Kennwort: Löwenzahn

Redaktionsanschrift:

Grüne Wählerinitiative
Ammerland
Gemeindeverband Edewecht
Schubertstr. 30
2905 Edewecht

UMWELT-TELEFON

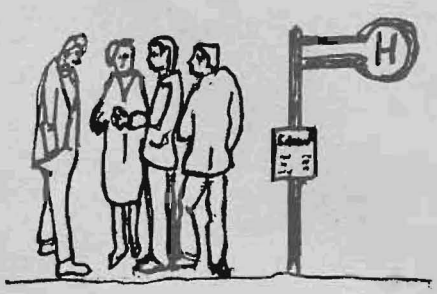
04405 - 6160

04486 - 465

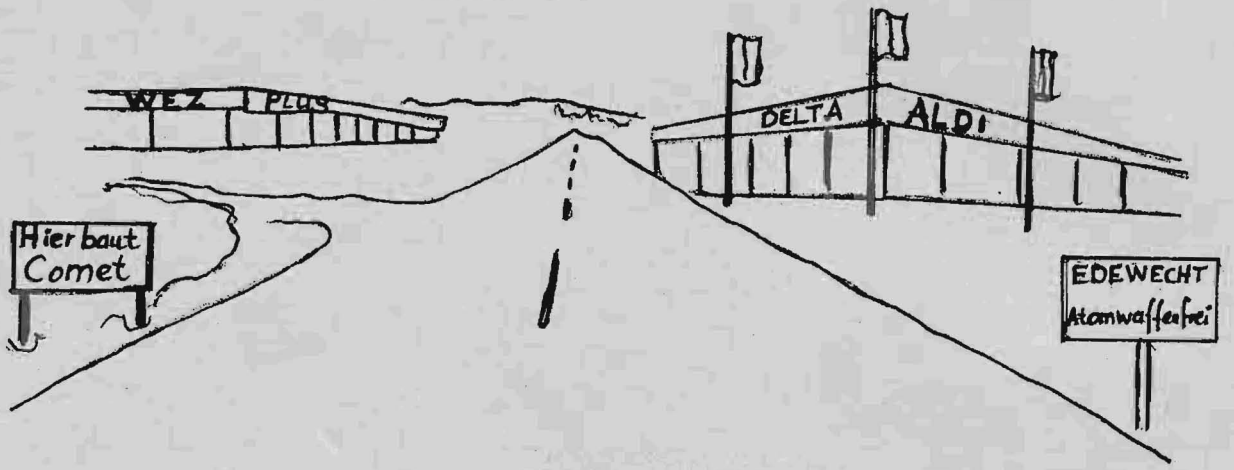
Gesunde Vollwertkost

Zu diesem Thema fand im November ein Vortrag zum Kennenlernen der Vollwerternährung statt. Frau W. Becker (Gesundheitsberaterin) zeigte 15 interessierten Edewechtern das Brotbacken, die Zubereitung verschiedener Müesliarten und erklärte ihnen die Grundlagen der Vollwerternährung.
Bei entsprechendem Interesse werden wir im Frühjahr 83 eine weitere Veranstaltung mit Frau Becker durchführen. Interessierte können sich schon jetzt bei uns melden !

Busse in Richtung "Sumaze" Edewecht
– Abfahrt stündlich –



'Supermarktzentrum' Edewecht
(Sumaze)



La Hague „stillgelegt"

Die unheimliche WAA

Brennelemente abgesackt – Verschwiegenheit über „Unfälle"

Die französische staatliche Wiederaufarbeitungsanlage La Hague, an der bretonischen Küste in Frankreich, ist bereits, so ist Meldungen zu entnehmen, seit dem 18. November in aller Heimlichkeit, zu der ein Staat fähig ist, stillgelegt worden. Nach einem weiteren schweren Störfall im „heißen" Bereich der WAA. Die Betreiberfirma Cogema hat den Unfall und die Stillegung bisher nicht mitgeteilt. Den „Uufall" am 21. Oktober, über den inzwischen auch zahlreiche französische Zeitungen berichtet haben, den gab sie inzwischen zu. Jetzt geplante Stillegungszeit: bis Januar 1983 mindestens.

Während Zeitungen im süddeutschen Raum sowohl die schwere Verstrahlung (lebensgefährliche Verletzung) eines Technikers in einem weniger „heißen" Bereich der Plutonium-Fabrik verschwiegen haben, als auch über die jetzige Stillegung nichts berichteten (da denkt offenbar Strauß an Schwandorf und seine für dort geplanten WAA) meldeten über den „Verstrahlungsfall" auch französische, konservative Zeitungen: „menschliches Versagen".

Die Grünen v. 11. Dez. 82

Veranstaltungshinweis

Am Mittwoch, den 26. 1. 83 zeigen wir einen Film über die französische Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) La Hague :

"Zum Erfolg verurteilt"

Veranstaltungsort: Friedrichsfehn, Gaststätte zur Wilhelmslust

Beginn: 20.00 Uhr